

**Prüfungsordnung für das Schwer-
punktbereichsstudium im Studiengang
Rechtswissenschaft an der Universität
Potsdam (Schwerpunktbereichsprü-
fungsordnung – SBPO)**

Vom 13. August 2003

**i.d.F. der Satzung vom 17. Oktober
2012¹, zuletzt geändert durch Satzung**

vom 22. April 2020²

- Lesefassung -

Der Fakultätsrat der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam hat auf der Grundlage des der § 70 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 69 Abs. 1 S. 2 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Hochschulgesetz - BbgHG) in der Fassung vom 18. Dezember 2008 (GVBl.I/08, [Nr. 17], S.318), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Oktober 2010 (GVBl.I/10, [Nr. 35]), und § 4 Satz 1 des Gesetzes über die Juristenausbildung im Land Brandenburg (Brandenburgisches Juristenausbildungsgesetz - BbgJAG) vom 4. Juni 2003 (GVBl.I/03, [Nr. 09], S.166), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 03. April 2009 (GVBl.I/09, [Nr. 04], S.26, 59) die folgende Schwerpunktbereichsprüfungsordnung erlassen:

Teil 1: Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Prüfungsausschuss
- § 3 Aufgaben des Prüfungsausschusses
- § 4 Prüfer

Teil 2: Zulassungsverfahren

- § 5 Zulassungsvoraussetzungen
- § 6 Zulassungsgesuch
- § 7 Entscheidung über die Zulassung

Teil 3: Prüfungsverfahren

- § 8 Prüfungsteile
- § 9 Prüfungszeit
- § 10 Hilfsmittel, Nachteilsausgleiche für behinderte Prüfungsteilnehmer
- § 11 Hausarbeit
- § 12 Abgabe, Vortrag und Bewertung der Hausarbeit
- § 13 Klausur
- § 13a Ausschluss von einem Prüfungsteil
- § 14 Gesamtnote

- § 15 Unlauteres Verhalten im Prüfungsverfahren
- § 16 Beurkundung des Prüfungshergangs
- § 17 Mängel im Prüfungsverfahren

Teil 4: Besondere Prüfungsbestimmungen für den Schwerpunktbereich „Französisches Recht“

- § 18 Studium und Prüfung im Schwerpunktbereich „Französisches Recht“

Teil 5: Zeugnis, Einsicht in die Prüfungsunterlagen

- § 19 Zeugnis
- § 20 Einsicht in Prüfungsunterlagen

Teil 6: Wiederholung der Prüfung, Anerkennung von Prüfungsleistungen

- § 21 Wiederholung der Prüfung
- § 22 Anerkennung von Prüfungsleistungen

Teil 7: Inkrafttreten und Geltung

- § 23 Inkrafttreten und Geltung

Teil 1: Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Prüfungsordnung regelt die Prüfung in den Schwerpunktbereichen (Schwerpunktbereichsprüfung) des Studienganges Rechtswissenschaft an der Universität Potsdam.

(2) Die Schwerpunktbereichsprüfung ist Teil der ersten Prüfung gem. § 1 Abs. 2 BbgJAG. Zusammen mit der staatlichen Pflichtfachprüfung bildet die Schwerpunktbereichsprüfung die erste Prüfung. Die Schwerpunktbereichsprüfung kann vor der staatlichen Pflichtfachprüfung abgelegt werden.

(3) Ergänzend sind die Vorschriften des Gesetzes über die Juristenausbildung im Land Brandenburg (Brandenburgischen Juristenausbildungsgesetz - BbgJAG) und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen im Land Brandenburg (Brandenburgische Juristenausbildungsordnung - BbgJAO) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

(4) Prüfung und Studium in den Schwerpunktbereichen sind aufeinander abgestimmt. Das Studium in den Schwerpunktbereichen ist in der Studienordnung der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam für den Studiengang Rechtswissenschaften geregelt.

§ 2 Prüfungsausschuss

(1) Die Juristische Fakultät bestellt einen Prüfungsausschuss. Dieser ist für alle Angelegenheiten der Schwerpunktbereichsprüfung zuständig, soweit

¹ Genehmigt durch den Präsidenten der Universität Potsdam am 11. Dezember 2012.

² Genehmigt durch den Präsidenten der Universität Potsdam am 29. Juni 2020.

nicht nach dieser Prüfungsordnung die Zuständigkeit eines anderen Prüfungsorgans begründet ist.

(2) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter werden von der Dekanin/vom Dekan der Juristischen Fakultät bestellt.

(3) Der Prüfungsausschuss besteht aus vier Mitgliedern; davon gehören drei der Gruppe Hochschullehrer und eins der Gruppe Wissenschaftliche Mitarbeiter an.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt zwei Jahre. Wiederbestellung ist möglich.

(5) Der Prüfungsausschuss bestimmt aus seinen Mitgliedern, die der Gruppe Hochschullehrer angehören, eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende/einen stellvertretenden Vorsitzenden.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein.

(8) Beschlüsse des Prüfungsausschusses werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst (einfache Mehrheit). Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der/des Vorsitzenden den Ausschlag. In dringenden Angelegenheiten kann die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses allein entscheiden (Eilkompetenz).

§ 3 Aufgaben des Prüfungsausschusses

(1) Der Prüfungsausschuss achtet auf den ordnungsgemäßen Verlauf der Prüfungen.

(2) Dem Prüfungsausschuss obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Führung der Prüfungsakten,
2. Bestellung von Prüferinnen/Prüfern und sachkundigen Beisitzerinnen/Beisitzern,
3. Auswahl der schriftlichen Prüfungsaufgaben,
4. Bestimmung der Gutachter für Hausarbeiten und Klausuren,
5. Festlegung und Bekanntmachung der Prüfungstermine,
6. Festlegung und Bekanntmachung der Fristen für die Anmeldung zur Prüfung,
7. Entgegennahme von Zulassungsgesuchen und Entscheidung über die Zulassung zur Prüfung einschließlich der Ladung zu den Prüfungsterminen,
8. Bestimmung der zugelassenen Hilfsmittel,

9. Entscheidung über Nachteilsausgleiche für behinderte Prüfungsteilnehmer,
10. (weggefallen),
11. Entgegennahme abgegebener Hausarbeiten,
12. Entscheidungen über Verschiebung oder Verlängerung der Bearbeitungszeit,
13. Entscheidungen bei verspäteter Abgabe der Hausarbeit,
14. Bestimmung der Aufsichtführenden bei den Klausuren,
15. Entscheidung über den Ausschluss von der Teilnahme an der Klausur,
16. Führung des Kennziffernverzeichnisses,
17. Entscheidungen bei Krankheit und anderen Prüfungsverhinderungen die Klausur betreffend,
18. Entscheidungen bei unlauterem Verhalten von Prüfungsteilnehmerinnen/ Prüfungsteilnehmern,
19. Entscheidungen bei Mängeln im Prüfungsverfahren,
20. Erteilung des Prüfungszeugnisses,
21. Gewährung von Einsicht in die Prüfungsakten,
22. Entscheidungen den Freiversuch betreffend,
23. Entscheidungen die Wiederholung der Prüfung betreffend,
24. Entscheidungen über Beschwerden,
25. Entscheidungen über die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die nicht an der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam erbracht wurden.

(3) Der Prüfungsausschuss kann dem Büro für Studien- und Prüfungsangelegenheiten die Erledigung einzelner Aufgaben oder ganzer Aufgabenbereiche übertragen.

§ 4 Prüfer

(1) Prüferinnen/Prüfer sind die Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam, die an der Fakultät lehrenden Privatdozentinnen/Privatdozenten oder Honorarprofessorinnen/Honorarprofessoren sowie die Akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter und wissenschaftlichen Hilfskräfte, die die Voraussetzungen des § 21 Abs. 5 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes erfüllen.

(2) Der Prüfungsausschuss kann weitere Personen, die die erste juristische Staatsprüfung bzw. die erste Prüfung oder eine gleichwertige Prüfung bestanden haben, zu Prüferinnen/Prüfern bestellen.

(3) Der Prüfungsausschuss beauftragt im Benehmen mit den Hochschullehrerinnen/Hochschullehrern der Juristischen Fakultät die Prüfer mit der Erstellung von Prüfungsaufgaben und mit der Begutachtung der Prüfungsleistungen.

(4) Alle Prüfungsleistungen werden von zwei Prüferinnen/Prüfern bewertet, wobei mindestens ein Mitglied der Prüfungskommission eine Hochschul-lehrerin/ein Hochschullehrer im Sinne des Absatzes 1 sein muss. Der Prüfungsausschuss bestimmt für jede Prüfungskommission eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden.

(5) Die Prüferinnen/Prüfer unterliegen der Amts-verschwiegenheit.

Teil 2: Zulassungsverfahren

§ 5 Zulassungsvoraussetzungen

(1) Die Zulassung zur Schwerpunktbereichsprüfung setzt voraus, dass die Bewerberin/der Bewerber das Grundstudium der Rechtswissenschaften erfolgreich mit der Zwischenprüfung abgeschlossen und einen Leistungsnachweis in einer Lehrveranstaltung des gewählten Schwerpunktbereichs erworben hat. Ein Seminarschein kann auch in einem anderen Schwerpunktbereich erworben werden.

(2) Andere Leistungen als das Bestehen der Zwischenprüfung werden als Zulassungsvoraussetzung anerkannt, wenn sie nach Art, Umfang, Inhalt und Anforderungen gleichwertig sind. Das gilt auch für Studien- und Prüfungsleistungen, die im Ausland erbracht wurden. Über die Anerkennung entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 6 Zulassungsgesuch

(1) Die Zulassung zur Schwerpunktbereichsprüfung ist bei der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam innerhalb der Meldefrist schriftlich zu beantragen. Mit dem Antrag hat die Bewerberin/der Bewerber bindend zu erklären, welchen Schwerpunktbereich und welchen Wahlbereich sie/er wählt.

(2) Die Meldefristen werden zusammen mit den Terminen der schriftlichen Prüfungsteile in fakultätsüblicher Weise bekannt gemacht.

(3) Mit dem Zulassungsgesuch sind das Zwischenprüfungszeugnis sowie der Leistungsnachweis vorzulegen. Im Fall des § 5 Abs. 2 sind entsprechende Zeugnisse im Original oder in beglaubigter Abschrift vorzulegen.

(4) Vor der Anmeldung zum zweiten Prüfungsteil (§ 8 Abs. 1) hat die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer die rechtswissenschaftliche Fremdsprachenkompetenz (§ 5a Abs. 2 Satz 2 DRiG) nachzuweisen.

(5) Ein bei der Juristischen Fakultät eingereichtes Zulassungsgesuch kann nur bis zum Ablauf des 21.

Tages nach dem Ende der Meldefrist zurückgenommen werden.

§ 7 Entscheidung über die Zulassung

(1) Die Entscheidung über die Zulassung ist der Bewerberin/dem Bewerber mitzuteilen; eine Ablehnung ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(2) Die Zulassung zur Prüfung ist zu versagen, wenn

1. die Bewerberin/der Bewerber vorbehaltlich zugelassener Ausnahmen die in § 5 vorgeschriebenen Voraussetzungen nicht erfüllt oder die Vorschrift des § 6 nicht beachtet ist; für letzteren Fall können in besonderen Härtefällen Ausnahmen bewilligt werden;
2. abzusehen ist, dass gegen die Bewerberin/den Bewerber zurzeit der Prüfung Freiheitsentziehung vollzogen werden wird und eine Beurteilung nicht in Betracht kommt;
3. ein Prüfungsverfahren bei einem Prüfungsamt einer anderen Universität im Geltungsbereich des deutschen Richtergesetzes anhängig ist;
4. die erste juristische Staatsprüfung, die erste juristische Prüfung oder die Schwerpunktbereichsprüfung endgültig nicht bestanden wurde.

Teil 3: Prüfungsverfahren

§ 8 Prüfungsteile

(1) Die Schwerpunktbereichsprüfung besteht aus zwei Teilen, einer Hausarbeit und einer Aufsichtsrarbeit (Klausur).

(2) Prüfungsfächer in beiden Prüfungsteilen sind die Fächer, die nach Maßgabe der Studienordnung zu dem von der Prüfungsteilnehmerin/vom Prüfungsteilnehmer gewählten Schwerpunktbereich (Pflichtbereich und gewählter Wahlbereich) gehören. Dazu gehören auch Pflichtfächer, die mit dem von der Prüfungsteilnehmerin/vom Prüfungsteilnehmer gewählten Schwerpunktbereich zusammenhängen.

(3) Prüfungsgegenstand darf ein Prüfungsfach nur sein, wenn innerhalb der letzten vier Semester vor dem Prüfungstermin wenigstens eine Lehrveranstaltung zu diesem Fach angeboten worden war. Dazu gehören auch Lehrveranstaltungen, die in förmlicher Kooperation mit An-Instituten und Zentren der Universität Potsdam und mit entsprechenden Einrichtungen und juristischen Fakultäten anderer Universitäten im Land Brandenburg oder in Berlin durchgeführt wurden.

(4) Die einzelnen Leistungen der Schwerpunktbereichsprüfung sind nach Maßgabe der Verordnung

der Bundesministerin/des Bundesministers der Justiz über eine Noten- und Punkteskala für die erste und zweite juristische Staatsprüfung in der jeweils geltenden Fassung zu bewerten³.

§ 9 Prüfungszeit

(1) Die Schwerpunktbereichsprüfung wird in jedem Semester einmal durchgeführt. Die Termine werden spätestens drei Monate zuvor in fakultätsüblicher Weise bekannt gemacht.

(2) Die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer kann die Prüfungsteile „Hausarbeit“ und „Klausur“ in verschiedenen Semestern ablegen. Sie/er kann die Reihenfolge dieser Prüfungsteile selbst bestimmen.

§ 10 Hilfsmittel, Nachteilsausgleiche für behinderte Prüfungsteilnehmer

(1) Der Prüfungsausschuss bestimmt, welche Hilfsmittel für die Schwerpunktbereichsprüfung zulässig sind. Soweit diese Hilfsmittel nicht gestellt werden, haben die Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmer sie selbst zu beschaffen.

(2) Der Prüfungsausschuss kann unbeschadet der Regelungen in § 11 Abs. 7 S. 2 bis 5, § 12 Abs. 4, § 13 Abs. 2, § 14 Abs. 6 allgemein oder im Einzelfall Nachteilsausgleiche für behinderte Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmer festlegen.

§ 11 Hausarbeit

³ § 1 dieser Verordnung hat folgenden Wortlaut :

„§ 1 Notenstufen und Punktzahlen

Die einzelnen Leistungen der ersten und zweiten Prüfung sind mit einer der folgenden Noten und Punktzahlen zu bewerten :

sehr gut: eine besonders hervorragende Leistung
= 16 bis 18 Punkte
gut: eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung
= 13 bis 15 Punkte
vollbefriedigend: eine über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung
= 10 bis 12 Punkte
befriedigend: eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht
= 7 bis 9 Punkte
ausreichend: eine Leistung, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht
= 4 bis 6 Punkte
mangelhaft: eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Leistung
= 1 bis 3 Punkte
ungenügend: eine völlig unbrauchbare Leistung
= 0 Punkte“

(1) Mit der Hausarbeit soll die Kandidatin/der Kandidat ihre/seine Befähigung zu vertieftem wissenschaftlichen Arbeiten unter Beweis stellen.

(2) Die Hausarbeit besteht in einem Aufsatz zu einem rechtswissenschaftlichen Thema. Fallgutachten sind als Thema der Hausarbeit nicht zugelassen.

(3) Die Hausarbeit kann von allen an der Fakultät lehrenden Hochschullehrerinnen/Hochschullehrern, Privatdozentinnen/Privatdozenten und Honorarprofessorinnen/Honorarprofessoren gestellt werden.

(4) Die Anmeldung zur Hausarbeit erfolgt gegenüber der Aufgabenstellerin/dem Aufgabensteller. Vor der Ausgabe des Themas ist ihr/ihm die Zulassung nach § 7 Abs. 1 nachzuweisen.

(5) Die Aufgabenstellerin/der Aufgabensteller teilt unverzüglich nach Ausgabe des Themas an die Prüfungsteilnehmerin/den Prüfungsteilnehmer dem Büro für Studien- und Prüfungsangelegenheiten schriftlich das Thema der Hausarbeit und den Bearbeitungsbeginn mit. Zugleich benennt sie/er Zeit und Ort für den Vortrag.

(6) Die Aufgabenstellerin/der Aufgabesteller übergibt der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer ein Aufgabenblatt. Das Aufgabenblatt enthält die Bezeichnung des Themas, die Termine für den Beginn der Bearbeitungszeit und für die Abgabe der Hausarbeit, sowie weitere Modalitäten der Abgabe.

(7) Die Hausarbeit ist, soweit nicht anders mit der Aufgabenstellerin/dem Aufgabesteller vereinbart, in deutscher Sprache abzufassen und als Druckversion und in elektronischer Form abzugeben. Die Druckversion ist mit 7 cm Rand links zu versehen und 1 ½-zeilig abzufassen. Die Arbeit soll einen Umfang von 8.200 Worten (incl. Fußnoten) nicht überschreiten.

(8) Die Bearbeitungszeit beträgt sechs Wochen. Kann die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer wegen Krankheit oder anderer Gründe, die sie/er nicht zu vertreten hat, die Hausarbeit nicht innerhalb der Bearbeitungszeit anfertigen, hat sie/er dies unter Angabe der Gründe unverzüglich, bei Krankheit unter Vorlage eines ärztlichen Attestes, dem Prüfungsausschuss anzuzeigen. Erfolgt die Anzeige vor der Übergabe des Aufgabenblattes, sind diese und der Bearbeitungszeitraum zu verschieben. Erfolgt die Anzeige während eines laufenden Bearbeitungszeitraums, kann der Prüfungsausschuss der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer eine angemessene Verlängerung der Bearbeitungszeit gewähren oder den Rücktritt von der Prüfung gestatten.

(9) Die Hausarbeit ist von der Prüfungsteilnehmerin/vom Prüfungsteilnehmer selbständig anzufertigen. Prüfungsteilnehmer mit einer körperlichen

Beeinträchtigung dürfen die Assistenz anderer Personen in Anspruch zu nehmen, soweit dies zur Kompensation der Beeinträchtigung erforderlich ist und nicht durch technische Hilfsmittel ersetzt werden kann. Die Assistenz darf über das Vorlesen und Schreiben von Texten nicht hinausgehen. Die Entscheidung über die Zulassung der Assistenz durch andere Personen trifft der Prüfungsausschuss auf Antrag der Prüfungsteilnehmerin/des Prüfungsteilnehmers. Die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer hat bei Abgabe der Hausarbeit anzugeben, wer ihr/ihm bei der Anfertigung der Arbeit geholfen hat und von welcher Art und wie umfangreich diese war.

(10) Das Büro für Studien- und Prüfungsangelegenheiten kann von der Aufgabenstellerin/dem Aufgabensteller mit der Vergabe der von ihr/ihm gestellten Themen nach Abs. 4–6 und den dabei anzuwendenden Vergabekriterien betraut werden.

§ 12 Abgabe, Vortrag und Bewertung der Hausarbeit

(1) Die Hausarbeit ist zu dem im Aufgabenblatt bezeichneten Termin abzugeben. Eine verspätet abgegebene Hausarbeit wird mit der Note „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet. Dasselbe gilt, wenn die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer überhaupt keine Hausarbeit abgibt. Im Falle einer verspäteten Abgabe sind die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Brandenburg über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 32 VwVfGBbg) entsprechend anzuwenden. War die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer an der fristgemäßen Abgabe ohne Verschulden verhindert, gilt die Abgabe als nicht verspätet. Auf § 11 Abs. 8 wird verwiesen.

(2) Die Hausarbeit wird von zwei Prüferinnen/Prüfern begutachtet. Weichen die Bewertungen der Gutachterinnen/Gutachter voneinander ab, gilt der Mittelwert.

(3) Die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer hat in einem Seminar – das nicht über 20 Teilnehmer umfassen soll – über die Hausarbeit einen Vortrag zu halten. Daran schließt sich eine Diskussion an. Vortrag und Diskussion sollen je ca. 15 Minuten dauern. Das Seminar wird von der Prüferin/dem Prüfer geleitet, die/der das von der Prüfungsteilnehmerin/vom Prüfungsteilnehmer bearbeitete Thema gestellt hat. Über Zeit und Ort des Vortrages werden die Prüferinnen/Prüfer und die Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer vom Büro für Studien- und Prüfungsangelegenheiten benachrichtigt; wird eine Hausarbeit verspätet oder nicht abgegeben (§ 12 Abs. 1 Satz 2 und 3), erfolgt keine Ladung. Bei dem Vortrag sollen die beiden Gutachterinnen/Gutachter anwesend sein. Im Anschluss an den Vortrag beraten die beiden Gutach-

terinnen/Gutachter über die Bewertung der Hausarbeit, wobei der Eindruck des Vortrags und der Diskussion zu berücksichtigen ist. Bleibt eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer dem Vortrag unentschuldig fern, so wird die Hausarbeit mit der Note „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet.

(4) Körperbehinderten Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmern sind im Rahmen der Möglichkeiten die individuellen Nachteilsausgleiche zu gewähren, die zur Kompensation der behinderungsbedingten Nachteile erforderlich sind. Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmern mit einer Behinderung des Hör- oder Sprachvermögens kann die Unterstützung durch eine Gebärdendolmetscherin/einen Gebärdendolmetscher gestattet werden.

(5) (weggefallen)

§ 13 Klausur

(1) Die Klausur ist eine schriftliche Arbeit, die unter Aufsicht anzufertigen ist. Die Bearbeitungszeit beträgt fünf Stunden. Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmern, die auf Grund einer körperlichen Beeinträchtigung benachteiligt sind, kann auf Antrag eine angemessene Verlängerung der Bearbeitungszeit gewährt werden.

(2) Soweit eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer wegen einer körperlichen Beeinträchtigung bei der Anfertigung der Klausur auf technische Hilfsmittel oder Assistenz durch eine andere Person angewiesen ist, wird ihr/ihm die Anfertigung der Arbeit in einem eigens dafür eingerichteten Raum gestattet.

(3) Die Anmeldung zur Klausur erfolgt innerhalb der Meldefrist (§ 6 Abs. 2) gegenüber dem Büro für Studien- und Prüfungsangelegenheiten.

(4) Der Prüfungsausschuss teilt der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer vor Anfertigung der Klausur eine Kennziffer zu. Die Aufsicht bei der Anfertigung der Klausur führt eine/ein vom Prüfungsausschuss beauftragte/beauftragter Angehörige/Angehöriger der Juristischen Fakultät. Die/der Aufsichtführende fertigt eine Niederschrift über den Prüfungsverlauf an und vermerkt in ihr jede Unregelmäßigkeit.

(5) Kann die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer aus Gründen, die sie/er nicht zu vertreten hat, die Klausur nicht innerhalb der festgelegten Bearbeitungszeit anfertigen, hat sie/er dies unter Angabe der Gründe unverzüglich, bei Krankheit unter Vorlage eines ärztlichen Attestes, dem Prüfungsausschuss oder der/dem Aufsichtführenden anzuzeigen. In offensichtlichen Fällen ist die Anzeige entbehrlich. Erkennt der Prüfungsausschuss

die von der Prüfungsteilnehmerin/vom Prüfungsteilnehmer vorgetragenen Gründe an, ist der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer die Anfertigung einer Klausur in der darauf folgenden Prüfungskampagne zu ermöglichen.

(6) Die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer hat die Klausur spätestens bei Ablauf der Bearbeitungsfrist an die Aufsichtführende/den Aufsichtführenden abzugeben. Die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer gibt anstelle ihres/seines Namens auf der Prüfungsklausur nur die Kennziffer an. Außer der Kennziffer dürfen die Arbeiten keine sonstigen Hinweise auf die Person der Prüfungsteilnehmerin/des Prüfungsteilnehmers enthalten. Die Verzeichnisse mit den zu den Kennziffern gehörenden Namen sind bis zum Abschluss der Bewertung verschlossen beim Prüfungsausschuss zu verwahren. Gibt die Kandidatin/der Kandidat die Klausur nicht spätestens bei Ablauf der Bearbeitungszeit dem Aufsichtführenden ab und liegt kein Fall des Abs. 5 S. 1 vor, wird seine Klausur mit der Note „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet.

(7) Die Klausur wird von zwei Prüferinnen/Prüfern begutachtet. Weichen die Bewertungen der Gutachter voneinander ab, gilt der Mittelwert.

§ 13a Ausschluss von einem Prüfungsteil

Von der Teilnahme an einem Prüfungsteil kann eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer ganz oder teilweise ausgeschlossen werden, die/der

1. den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung gröblich stört oder zu stören versucht oder
2. an einer Krankheit leidet, welche die Gesundheit anderer ernsthaft gefährdet oder den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung ernsthaft beeinträchtigen würde. In Eilfällen kann die/der Aufsichtführende des Ausschluss und dessen sofortige Vollziehung anordnen. In diesem Fall ist die Angelegenheit unverzüglich nach Beendigung des betroffenen Prüfungsteils dem Prüfungsausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

§ 14 Gesamtnote

Die Prüfungskommission stellt die Prüfungsgesamtnote fest. Für die Feststellung der Prüfungsgesamtnote wird die auf zwei Dezimalstellen zu errechnende Durchschnittspunktzahl ermittelt. Zu diesem Zweck wird die Endpunktzahl der Hausarbeit mit sechs multipliziert und die Endpunktzahl der Klausur mit vier multipliziert. Die Ergebnisse dieser beiden Multiplikationen werden addiert und die Summe wird durch zehn dividiert. Das Ergebnis dieser Division ist die Durchschnittspunktzahl. Die Schwerpunktbereichsprüfung ist bestanden, wenn

die errechnete Durchschnittspunktzahl mindestens 4,0 beträgt.

§ 15 Unlauteres Verhalten im Prüfungsverfahren

(1) Unternimmt es eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer, das Ergebnis einer schriftlichen Arbeit durch Täuschung, Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, unzulässige Hilfe anderer Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmer oder Dritter oder durch Einwirken auf Prüfungsorgane oder auf von diesen mit der Wahrnehmung von Prüfungsangelegenheiten beauftragte Personen zu beeinflussen, so ist diese schriftliche Arbeit mit der Note ‚ungenügend‘ (0 Punkte) zu bewerten. Der Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel nach Ausgabe der Prüfungsaufgaben steht der Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel gleich, sofern die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer nicht nachweist, dass der Besitz weder auf Vorsatz noch auf Fahrlässigkeit beruht.

(2) In besonders schweren Fällen des Abs. 1 ist die gesamte Prüfung mit der Prüfungsgesamtnote ‚ungenügend‘ (0 Punkte) zu bewerten. Als besonders schwerer Fall ist es in der Regel anzusehen, wenn es eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer unternimmt, das Ergebnis einer schriftlichen Arbeit durch Einwirken auf Prüfungsorgane oder auf von diesen mit der Wahrnehmung von Prüfungsangelegenheiten beauftragte Personen zu beeinflussen.

(3) Ist die Prüfung durch die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses bereits beendet, so ist in den Fällen des Absatz 1 oder 2 nachträglich das Prüfungsergebnis entsprechend abzuändern oder die Prüfung für nicht bestanden zu erklären. Ein erteiltes Prüfungszeugnis ist einzuziehen und zu vernichten.

(4) Wird festgestellt, dass sich eine Prüfungsteilnehmerin/ein Prüfungsteilnehmer im Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel befindet, so sind die Aufsichtführenden in der schriftlichen Prüfung, sowie die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und die von diesen Beauftragten befugt, diese Hilfsmittel sicherzustellen. Verhindert die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer eine Sicherstellung oder nimmt sie/er nach Beanstandung eine Veränderung in den Hilfsmitteln vor, so wird die schriftliche Arbeit mit der Note ‚ungenügend‘ (0 Punkte) bewertet. In besonders schweren Fällen gilt Abs. 2.

(5) Entscheidungen nach Abs. 1 und 2, Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 Satz 3 und 4 trifft der Prüfungsausschuss binnen eines Jahres, nachdem ein Prüfungsorgan oder eine zur Unterstützung bei der Prüfung hinzugezogene Person von dem unlauteren Verhalten Kenntnis erlangt hat, jedoch höchstens bis zum Ablauf von 5 Jahren seit der Ausfertigung des Prüfungszeugnisses.

§ 16 Beurkundung des Prüfungshergangs

(1) Über den Prüfungshergang ist eine Niederschrift aufzunehmen, in der festgestellt werden:

1. Ort und Tag der Prüfung,
2. Zusammensetzung der Prüfungskommission,
3. die Namen und die Anwesenheit der Prüfungsteilnehmerinnen/Prüfungsteilnehmer,
4. die Bewertung der schriftlichen Prüfungsleistungen,
5. die errechneten Punktwerte für die Gesamtnote oder - soweit erforderlich - für die Prüfungsabschnitte,
6. die Entscheidung der Prüfungskommission über das Ergebnis der Prüfung,
7. alle sonstigen Entscheidungen der Prüfungskommission, insbesondere Entscheidungen über die Folgen unlauteren Verhaltens,
8. die Verkündung der Entscheidungen der Prüfungskommission.

(2) Die Niederschrift ist von der/dem Vorsitzenden der Prüfungskommission zu unterschreiben.

§ 17 Mängel im Prüfungsverfahren

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die die Chancengleichheit erheblich verletzt haben, so kann der Prüfungsausschuss auf Antrag einer Prüfungsteilnehmerin/eines Prüfungsteilnehmers oder von Amts wegen anordnen, dass von einer bestimmten Prüfungsteilnehmerin/einem bestimmten Prüfungsteilnehmer oder von allen Prüfungsteilnehmerinnen / Prüfungsteilnehmern die Prüfung oder einzelne Teile derselben zu wiederholen sind.

(2) Ein Antrag nach Abs. 1 ist unverzüglich beim Prüfungsausschuss zu stellen. Er darf keine Bedingungen enthalten und kann nicht zurückgenommen werden.

(3) Ein Jahr nach Abschluss der Prüfung darf der Prüfungsausschuss von Amts wegen Anordnungen nach Abs.1 nicht mehr treffen.

Teil 4: Besondere Prüfungsbestimmungen für den Schwerpunktbereich „Französisches Recht“

§ 18 Studium und Prüfung im Schwerpunktbereich „Französisches Recht“

(1) Das Studium im Schwerpunktbereich 9: Französisches Recht bestimmt sich nach den Vereinbarungen der Universität Potsdam und der Université Paris Nanterre über die Durchführung gemeinsamer deutsch-französischer Studienprogramme. Die Prüfung im Schwerpunktbereich Französisches Recht wird am Fachbereich Rechts- und Politikwissenschaft an der Université Paris Nanterre nach den dort für das dritte Studienjahr maßgebenden Bestimmungen durchgeführt. Die im dritten Studienjahr an der Université Paris Nanterre erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen werden als universitäre Studien- und Prüfungsleistungen im Schwerpunktbereich (§ 4 Satz 3 BbgJAG) mit der Zulassung zur Schwerpunktbereichsprüfung anerkannt, wenn eine juristische „Licence“ erworben wird. Dies gilt entsprechend für Studien- und Prüfungsleistungen, die nach dem Erwerb der juristischen „Licence“ an der Université Paris Nanterre im Rahmen eines juristischen Master-Studiengangs erbracht werden, wenn das erste Studienjahr („Master I“) oder das zweite Studienjahr dieses Studiengangs („Master II“) erfolgreich abgeschlossen wird.

(2) Der nach § 2 dieser Ordnung bestellte Prüfungsausschuss erlässt Richtlinien über das Verhältnis der Benotung der „Licence“, des „Master I“ und des „Master II“ nach der französischen Noten und Punkteskala zur Benotung im Rahmen des Studiums zur ersten juristischen Prüfung nach der Verordnung über eine Noten- und Punkteskala für die erste und zweite juristische Prüfung (JurPrNotSkV).

(3) Der nach § 2 dieser Ordnung bestellte Ausschuss kann nach Maßgabe der vorigen Absätze Studienleistungen als Prüfung im Schwerpunktbereich 9: Französisches Recht anerkennen, die an einer anderen deutschen Universität in Kooperation mit einer französischen Universität erbracht wurden und den inhaltlichen Anforderungen, die sich aus den Vereinbarungen der Universität Potsdam und der Université Paris Nanterre ergeben, im Wesentlichen gleichwertig sind.

Teil 5: Zeugnis, Einsicht in die Prüfungsunterlagen

§ 19 Zeugnis

(1) Der Prüfungsausschuss erteilt über das Ergebnis der bestandenen Schwerpunktbereichsprüfung ein Zeugnis. In dem Zeugnis ist die Gesamtnote der Schwerpunktbereichsprüfung mit

(2) Notenbezeichnung und Punktwert anzugeben.

(3) Die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer erhält zusätzlich eine Bescheinigung über die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen.

(4) Ist die Schwerpunktbereichsprüfung nicht bestanden, wird dieses Ergebnis der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer schriftlich mitgeteilt.

tritt in der vorstehenden Fassung am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Potsdam in Kraft.

(2) (weggefallen)

§ 20 Einsicht in Prüfungsunterlagen

Die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer kann auf schriftlichen Antrag Einsicht in ihre/seine Prüfungsunterlagen, insbesondere die Aufsichtsarbeiten und die Gutachten der Prüfer, nehmen. Der Antrag ist binnen eines Monats nach Zustellung der Prüfungsentscheidung zu stellen. Die Einsichtnahme findet ausschließlich in den Räumen der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam statt. Sie ist nur innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zulässig.

Teil 6: Wiederholung der Prüfung, Anerkennung von Prüfungsleistungen

§ 21 Wiederholung der Prüfung

Die Schwerpunktbereichsprüfung kann einmal wiederholt werden. Die Wiederholung ist auch zur Notenverbesserung möglich. Die Prüfungsteilnehmerin/der Prüfungsteilnehmer kann für die Wiederholungsprüfung einen anderen Schwerpunktbereich wählen. Die Meldung zur Wiederholung ist innerhalb von zwei Jahren nach Bekanntgabe des Ergebnisses der vorangegangenen Prüfung zulässig. Der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen zulassen. § 9 Abs. 2 gilt, mit Ausnahme von Härtefällen, für die Wiederholung nicht.

§ 22 Anerkennung von Prüfungsleistungen

Teilprüfungen an anderen Hochschulen können angerechnet werden, soweit sie nach Art, Umfang, Inhalt und Anforderungen gleichwertig sind. Das gilt auch für Prüfungsleistungen, die im Ausland erbracht wurden. Entsprechende Zeugnisse sind im Original oder in beglaubigter Abschrift vorzulegen. Über die Anerkennung entscheidet der Prüfungsausschuss.

Teil 7: Inkrafttreten und Geltung

§ 23 Inkrafttreten und Geltung

(1) Die Schwerpunktbereichsprüfungsordnung